

Stadt Essen  
Stadtplanungsamt im Deutschlandhaus (StdA 61)  
Lindenallee 10

45127 Essen

Essen, den ... . 2011

## **Einspruch gegen die Planung der Transitautobahn A 52 im**

### **Abschnitt vom Autobahnkreuz Essen-Nord bis Stadtgrenze Bottrop –Gladbeck vor der A 2**

Die A 52 in Bottrop und im nördlichen Bereich von Essen entlang der B 224 ist ein Teilstück der geplanten Transitautobahn in Nord-Süd-Richtung durch das mittlere Ruhrgebiet, bestehend aus der A 52 im Norden bis zum Dreieck Essen-Ost, der alten A 52 und der künftigen A 44 (zwischenzeitlich A 535 (Ruhralleetunnel + B 227n).

Ich lege Einspruch gegen die separate Planfeststellung des nördlichen Teilstücks der A 52 ein. Die Auswirkungen dieses Teilstücks auf das gesamte Verkehrsgeschehen zwischen Gladbeck und Essen-Ost bzw. Velbert wird nicht thematisiert. Die zu betrachtenden Belastungen im Endausbauzustand werden hervorgerufen durch umfangreichen Transitverkehr, speziell auch Schwerlastverkehr, der heute die Querung des dicht bewohnten Ruhrgebiets meidet, ja sogar zeitweise ausgeschlossen wird (Essen, Gladbecker Straße 6-13 Uhr) oder durch die Umweltzone eingeschränkt wird.

Außerdem hat sich das Land NRW vom Bau des Essener Teilstücks der A52 zwischen Essen Nord und Frillendorf und dem Ruhralleetunnel (A 44) in der Zwischenzeit verabschiedet. Die Realisierung ist wegen der hohen Kosten für das Großprojekt fraglich. Die Baukosten haben sich von angenommenen 350 Mio € auf 650 Mio erhöht. Dies vor dem Hintergrund der allgemeinen Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans. Das Essener Teilstück wurde aus diesen Gründen vom vordringlichen Bedarf in den nachrangigen zurückgestuft. Es ist aber auch ein Dinosaurier von Großprojekt, dass seit über 30 Jahren Entwicklungen blockiert, weil die mögliche Trasse immer freigehalten werden musste.

Mit dem Bau des Bottroper Teilstücks droht nun der Torso einer Autobahn, die in Essen Nord enden würde, um dort zusätzlichen Verkehr in die Stadtstraßen einzuspeisen, insbesondere auf die B 224/Gladbecker Straße.

Die eingeleiteten Bemühungen der Stadt Essen, die Lärm und Feinstaubwerte im Essener Norden zu reduzieren, werden durch diese unbeschränkt nutzbare neue Autobahn unterlaufen. Damit werden öffentliche Investitionen verschwendet und sinnvolle Maßnahmen absichtlich torpediert. Andererseits werden zum Ausbau und Erhalt dieser Autobahn für Jahrzehnte knappe öffentliche Mittel in dreistelligen Millionenbeträgen zur Förderung des Autoverkehrs gebunden. Gerade Schwer- und Gefahrgutverkehre werden mit diesem Projekt mitten durch den dicht besiedelten Ballungsraum Ruhrgebiet geleitet, obwohl sie sicherer und langfristig auch ökonomischer durch andere Transportmittel wie Bahn oder Binnenschiffe zu befördern sind.

Damit ist die A 52 das falsche Signal für die Mobilitätsanforderungen der Zukunft, die von strengeren Vorschriften für Ressourcenverbrauch, CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Umstieg auf alternative Transportmittel (z.B. kombinierter Verkehr) geprägt sein wird. Bottrop und Essen haben sich im Rahmen des Wettbewerbs für das Programm „Innovation City“ für eine Reduzierung des PKW-Verkehrs um bis zu 20% ausgesprochen und die Notwendigkeit betont, für Klima und Umwelt die Zukunft bewusst anders zu gestalten und Mobilität umweltverträglicher als bisher zu organisieren.

Um das zu gewährleisten brauchen wir ein Mobilitätskonzept für das westliche Ruhrgebiet, das nicht wie Straßen NRW einseitig „nur“ auf Straßenbau setzt. Verkehr muss umfassend geplant werden, Bus und Bahn und die Chancen der Elektromobilität, E-Bikes usw. müssen angemessen berücksichtigt werden. Straßen NRW ist somit von der Ausrichtung her antiquiert und nicht auf der Höhe der Zeit.

Für das Ruhrgebiet als einem der größten Ballungsräume Europas muss zusätzlich die oberste Devise für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur gelten, dass sie der Reduktion und Vermeidung nicht unbedingt notwendiger Verkehre zu dienen haben. Angesichts der Millionen in ihrer Gesundheit von den Emissionen des Straßenverkehrs betroffener Einwohner des Ruhrgebiets darf es kein Anliegen staatlicher Straßenbauinstitutionen sein, nur die maximal kürzesten Autobahnstrecken durch Essen und das Revier zu planen. Es gibt deshalb den legitimen Anspruch, besonders umweltbelastende Verkehre infrastrukturell um den Ballungsraum Ruhrgebiet herum zu führen.

Logistischen Lösungen einer Metropolenversorgung, die LKW- und Kleinlast-Einsatz teilweise zurückdrängen soll, wird die Grundlage entzogen, da die Güterverkehre nicht logistisch eingebunden werden. Öffentliche Mittel, die durch Autobahngroßprojekte wie der A 52 gebunden werden, fehlen deshalb bei der Herstellung von Güterverkehrszentren an den Rändern des Ruhrgebiets.

Da derzeit in vielen Stadtbereichen insbesondere des Essener Nordens viele Umweltbelastungen über den EU-Grenzwerten liegen, ist es unzumutbar, hier wegen vergleichsweise geringer Zeitersparnis möglicher A52-Nutzer erhebliche weitere Emissionen zuzulassen.

Die A 52 wirkt kontraproduktiv bezüglich der Urbanität des Ballungsgebietes. Mit ihr entsteht nach amtlichen Angaben ein 500 m breiter Korridor quer durch das Ruhrgebiet, der wegen zu hoher Lärm- und Abgasbelastung von neuer Wohnbebauung freizuhalten ist. Damit fördert diese Planung den Wegzug von Familien und vielen anderen Leistungsträgern, insbesondere in Trassennähe. Damit wird die Kommune strukturell geschwächt. Dicht besiedelte Gebiete sind von der A 52-Durchstreckung ebenso betroffen wie die wenigen Freizonen im Essener Norden. Die renaturierten ehemaligen Bergbauflächen werden als Schutzraum für ansonsten im nördlichen Ruhrgebiet bedrohten oder gar nicht mehr vorhandenen Pflanzen- und Tiergattungen ausfallen.

Die kleinen strukturellen Erfolge der Vergangenheit und die laufenden Planungen für eine Verbesserung des Wohnumfeldes im Essener Norden werden mit der A 52 zunichte gemacht.

Auch die zwischenzeitlich durchgeführten Untersuchungen und Änderungen an den Planungsunterlagen ändern nichts an der grundsätzlichen Aussage, dass deutliche Mehrverkehre speziell im Güterbereich zusätzlich in dicht besiedelte und bereits heute hoch belastete Essener Stadtgebiete geführt würden.

**Wegen der genannten Auswirkungen einer derartigen Planung forder ich die Streichung der Autobahnen A 52 und A 44 (Ruhralleetunnel) aus dem Bundesverkehrswegeplan.**

Gezeichnet

Name .....

Vorname.....

Straße.....

PLZ.....

Wohnort.....

Unterschrift.....